

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Rosa
Gemeinde Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts, der Kreisbauverwaltung beim Amtsgericht und des
Rats der Stadt Rosa, des Finanzamts Rosa und des Hauptzollamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1539
Groschasse Rosa Nr. 22.

Nr. 289.

Montag, 18. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 8 mm hohe Werbschrift: 600 (60) 25 Gold-Pfennige; die 8 mm breite Werbschrift: 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Freie Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe von Aufträgen in Raten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rosa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Zwischen an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis und Verlag: Danner & Winterlich, Rosa. Geschäftsstelle: Goethestraße 24. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rosa; für Anzeigen: Wilhelm Göttsch, Rosa.

Die Militärkontrolle verschwindet am 31. Januar 1927.

Einigung in Genf.

Genf, 12. Dezember. Bei der heutigen Zusammenkunft der in der Vorkonferenz vertretenen Mächte und Deutschlands, die von 4 Uhr bis kurz nach 6,30 Uhr dauerte, ist eine völlige Übereinstimmung erzielt worden. Die Interalliierte Militärkontrollkommission verläßt am 31. 1. 1927 Berlin.

Vor dem Zusammentritt der Außenminister hatte eine längere Beratung der juristischen Sachverständigen stattgefunden, bei der eine Formulierung der ausstehenden Einigung ausgearbeitet worden ist. An der heutigen Nachmittagssitzung der Fünfermächte haben Chamberlain, Briand, Dr. Stresemann, Vandervelde und Scialoja und Graf Tili teilgenommen. Die englische und die französische Delegation verließen heute abend Genf. Die deutsche Delegation reist morgen ab.

Das amtliche Kommuniqué über die Sitzung der Fünfermächte.

Genf, 12. Dezember. Das heute von den Vertretern der in der Vorkonferenz vertretenen Mächte und Deutschlands über die heutige Nachmittagssitzung in Genf ausgegebene Kommuniqué hat folgenden Wortlaut:

Im Verlaufe einer Besprechung, die am 12. Dezember 1926 in Genf zwischen den Vertretern der deutschen, belgischen, französischen, großbritannischen, italienischen und japanischen Regierung über die von der Interalliierten Militärkontrollkommission und der Vorkonferenz noch in der Schwebe befindlichen Fragen stattgefunden hat, ist zunächst mit Genehmigung festgesetzt worden, daß über den größten Teil der mehr als einhundert Punkte, die zwischen den genannten Regierungen im Juni 1925 hinsichtlich der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles strittig waren, eine Verständigung erzielt worden ist. Nur die Verständigung über zwei Fragen steht noch aus. Alles berechtigt aber zu der Hoffnung, daß auch diese beiden Fragen glänzend geregelt werden können. Unter diesen Umständen ist folgendes vereinbart worden:

1. Die diplomatische Erörterung über die Frage der Festungen und die Frage des Kriegsmaterials wird von der Vorkonferenz fortgesetzt werden. Es werden neue Vorschläge gemacht werden, um die Erörterung zu fördern und ihren Abschluß zu erleichtern.
2. In der Zwischenzeit bis zur Erzielung einer Lösung werden alle in Rede stehenden Arbeiten an den Festungen eingestellt, unbeschadet des Rechtes der Parteien, ihren Rechtsstandpunkt aufrecht zu erhalten.
3. Die Interalliierte Militärkontrollkommission wird am 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen. Von diesem Tage an findet Artikel 218 des Friedensvertrages Anwendung nach Maßgabe der von dem Völkerbundrat gefassten Beschlüsse.
4. Wenn an diesem Tage die bezeichneten Fragen wider alles Erwarten noch keine gütliche Lösung gefunden haben sollten, werden sie vor den Völkerbundrat gebracht werden.
5. Für alle Fragen die mit der Ausführung der erstellten oder noch zu erzielenden Lösungen noch zusammenhängen, kann jede der in der Vorkonferenz vertretenen Regierungen ihrer Vorkonferenz in Berlin einen technischen Sachverständigen attachieren, der geeignet ist mit den zuständigen deutschen Behörden ins Benehmen zu treten.

Genf, 12. Dez. Zu der Einigung in Genf in der Frage der Militärkontrolle wird ergänzend noch mitgeteilt: Die Vormittagsitzung der fünf Außenminister am Sonntag hatte um 12 Uhr begonnen. An der Konferenz nahmen Chamberlain, Briand, Dr. Stresemann, Vandervelde, Scialoja, ferner Staatssekretär v. Schubert und die drei juristischen Sachverständigen, Ministerialdirektor Dr. Gans, Sir Cecil Clark und Fromageot teil. Die Sitzung wurde nach zweieinhalbstündiger Dauer abgebrochen. Um 2 Uhr gab die in Genf vertretene deutsche Presse dem Außenminister Dr. Stresemann ein Schreiben an Ehren der Nobelpreisverleihung, die zugleich eine Ehrung für Deutschland bedeutete. Der Minister nahm bei diesem Anlaß das Wort zu einer Ansprache, in der er die gemeinsamen Ziele aller Freunde des Vaterlandes unter Würdigung der verschiedenen politischen Auffassungen betonte und erklärte, daß die Anerkennung des Friedensvertrages bekannt wäre, daß die Weisheit Deutschlands

entgegen irgendwelchen anderen Anschuldigungen auf wahren Frieden gerichtet seien. Um 4 Uhr trafen sich dann die fünf Außenminister wieder. Dr. Stresemann und Staatssekretär Schubert hatten ein gemeinsames Schreiben mit Briand und Chamberlain abgelesen, um die inzwischen von den Juristen fertiggestellte Formulierung der Beschlüsse der Vormittagsur Kenntnis zu nehmen. Diese Formulierung wurde auch nach Paris gemeldet. Man nahm allgemein an, daß sie sofort angenommen würde.

Einzelne Nachrichten in Genf hat auch der Kampf erregt, der in den letzten Tagen zwischen Briand und Poincaré ausgefochten wurde und der nun mit einer Niederlage Poincarés

gegenüber zu haben scheint. Poincaré wollte auf keinen Fall, daß Frankreich sich zu irgendwelchen Zusicherungen bereitfinde. Er wollte vor allem eine Zurückziehung der Militärkontrollkommission vermeiden wissen. Man glaubt in Genf nach den aus Paris eingetroffenen Nachrichten annehmen zu können, daß Frankreich um Dazwischenkunft an einer schweren inneren Krise vorbeizugehen ist. Sowohl Briand wie auch ein Teil seiner Ministerkollegen von der Linken sollen erklärt haben, daß sie ein Scheitern der Genfer Verhandlungen mit sofortiger Demission beantworten müßten. Poincaré soll sich dadurch veranlaßt gesehen haben, einzulisten. Die Pariser Blätter müssen an berichten, daß die Einmütigkeit zwischen Poincaré und Briand wieder hergestellt sei.

Interessant ist auch, daß die Pariser Presse immer wieder das Gerücht verbreitet, daß die Reichsregierung dem Drängen der Alliierten nachzugeben und den General von Paweloff mit neuen Instruktionen versehen hätte. Demgegenüber ist von deutscher Seite versichert worden, daß an der Auffassung der Reichsregierung in den kritischen Fragen sich nichts geändert hätte, und daß infolgedessen der General von Paweloff niemals neue Vorschläge unterbreitet habe. Dagegen ist aber, daß man auf französischer Seite den Erfolg der bisherigen Kontrollkommission unter Bald durch eine Untersuchungskommission des Völkerbundes unter Leitung des französischen Generals Barater nicht als Resultat, sondern geradezu als Fortschritt im französischen Sinne ansetzt. So hat A. B. das "Echo de Paris" geschrieben, daß Frankreich trotz seiner politischen Fehler, die in Genf begangen wurden, bei diesem Tausch gewinnen würde.

Wie weiter verläuft, ist in der Sonntagsnacht und am Sonntag der französische Minister nicht weniger als dreimal zusammengetreten, bis die Einigung über das Genfer Kompromiß erzielt war.

Schlussfassung des Völkerbundsrates.

Genf, 11. Dezember. In seiner heutigen Schlussfassung hat der Völkerbundsrat auf den Bericht des italienischen Kommissars Außenministers Benesi hin in der Investitionsfrage einstimmig und debattelos nachstehenden Beschluß gefaßt:

In Erwiderung auf gewisse Fragen, die von der deutschen Regierung hinsichtlich der vom Völkerbundrat am 27. September 1924 und am 14. März 1925 angenommenen Regeln gestellt worden sind, trifft der Rat folgende Feststellungen:

1. Der Völkerbundrat entscheidet gemäß Artikel 218 des Vertrages von Versailles durch Mehrheitsbeschluß, ob es in einem konkreten Falle notwendig ist, an einer Investition zu scheitern; er hat alsdann Gegenstand und Zweck der Investition zu spezifizieren. Die Investitionskommissionen handeln unter der Autorität und nach den Weisungen des Völkerbundrates, der mit Mehrheit beschließt.
2. Um eine wirksame Investition zu ermöglichen, hat sich die Investitionskommission an die von der Deutschen Regierung benannten Vertreter oder deren Beauftragte zu wenden, denen es obliegt, unverzüglich die Wirksamkeit der nach der deutschen Gesetzgebung zuständigen Verwaltungs-, Gerichts- und Militärbehörden herbeizuführen. Alsdann wird im beiderseitigen Einvernehmen zu den Nachforschungen und Feststellungen geschritten, welche die Kommission in den Grenzen ihrer Aufgabe für angemessen hält.
3. Die Bestimmungen, wonach die Angehörigen der dem Investitionsrecht unterworfenen Staaten nicht Mitglieder der Investitionskommissionen sein können, ist so zu verstehen, daß die Angehörigen des Staates, auf dessen Gebiet eine Investition geschritten wird, niemals Mitglieder der an dieser Investition interessierten Kommission sein sollen.
4. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Bestimmungen des Artikels 218 des Friedensvertrages mit Deutschland über die Investitionen auf die entmilitarisierte Rheinlandschaft in gleicher Weise wie auf die übrigen Teile Deutschlands anwendbar sind; diese Bestimmungen setzen für diese Zone ebenso wenig wie für andere Gebiete die Einrichtung einer besonderen Kontrolle durch Alliierte und dauernde lokale Elemente vor. In der entmilitarisierten Rheinlandschaft können besondere, nicht in Artikel 218 vorgesehene Elemente nur durch ein Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen eingerichtet werden.
5. Die Feststellungen der vorstehenden Absätze 1, 2 und 3 finden natürlich auch in dem Falle der Artikel 139 des Vertrages von St. Germain, 143 des Vertrages von Trianon und 101 des Vertrages von Neuilly Anwendung.

Die Rede Stresemanns in der Schlussfassung des Völkerbundsrates.

Genf. Die Rede, die Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann in der Schlussfassung des Völkerbundsrates in deutscher Sprache hielt, hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident, meine Herren! Ich danke Ihnen für die gütigen Worte, die Sie den Mitgliedern des Rates, die mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden sind, gewidmet haben. Meine verehrten Kollegen Briand und Chamberlain haben mit ihren Darlegungen das ganze Gebiet unleserlich überhäuft, so abgezeichnet, daß ich nur noch wenige Worte hinzuzufügen habe. Bei der Entscheidung, die jene unabhängige Kommission in Lausanne getroffen hat, handelt es sich nicht um Personen, sondern um Träger von Ideen, um die in diesen letzten Jahren der europäischen Entwicklung gekämpft worden ist. Bei diesem Punkt handelt es sich letzten Endes um einen großen Seelenkampf innerhalb einzelner Völker und innerhalb der Beziehungen der Völker zu einander, der die Signatur der heutigen Tage ist. Ich bin gewiß nicht so glücklich wie Sie Außenminister Chamberlain, sagen zu können, daß es für mich immer am leichtesten gewesen wäre, in diesem Kampf diese Position einzunehmen, die ich vertreten habe. Immer mußte ich wieder Hindernisse überwinden. Sie werden Verständnis dafür haben, daß der Weg, den die große Mehrheit des deutschen Volkes gegangen ist, der Weg, von dem ich hoffe, daß eine überwindende Mehrheit des deutschen Volkes ihn weitergehen wird, für die Seele dieses Volkes ein außerordentlich schwerer und entsetzlicher Kampf gewesen ist. Ein italienischer Dichter sagt, der größte Schmerz sei der, in den Zeiten, die auf das Glück folgen, der vergangenen großen Zeit zu gedenken. Ich habe einmal im deutschen Reichstag, als ich nicht Minister war und ein anderer Mann, der in demselben Sinne arbeitete, Außenminister wurde, gesagt, daß für lange Zeit jeder deutsche Außenminister unendliche Schwierigkeiten haben werde, die Diskrepanz zu überwinden, die zwischen der großen Vergangenheit des deutschen Volkes und der Politik besteht, die heute allein gemacht werden kann. Manchmal hat man gegenüber dieser Politik die Frage und den Vorwurf erhoben, ob sie eine Politik der Würde der Nation und der Entwicklung in die Zukunft sei. Darauf antwortete ich: Die große Entwicklung eines jeden Volkes, das heute was es nach seinen Fähigkeiten geben kann, ist immer in der Weltgeschichte auf dem Frieden begründet gewesen, und derjenige, der am besten seinem Volke, der dafür sorgt, daß seine Fähigkeiten sich entfalten können in einer Periode nicht nur des Friedens und des einzelnen Landes, sondern der ganzen Menschheit. Das ist die Politik der Ehre und der Würde der Nation, die wir alle vertreten haben. Es ist ein langer Weg, der nach Genf geführt hat. Manchmal schien es beinahe so, als ob das Klima von Genf nicht so sonnig wäre wie Locarno. Ich halte es beinahe für ein Naturgesetz, daß auf jeden Fortschritt ein Rückschlag folgt und daß immer neue Hindernisse sich in den Weg stellen. Und ich glaube sagen zu können, daß, wenn ein gewisses Gefühl innerer Befriedigung über das, was jemand erreicht im Leben, in ihm nach wird, es dann am härtesten ist, wenn der Weg zu diesem Ziele über Hindernisse und Schwierigkeiten geht. Es wird auch in unserer Politik nicht an Rückschlägen fehlen, aber es wird sich zeigen, daß eine große Idee in den Menschen überwinden und überwinden vermag, die formal unüberwindlich scheinen und daß es die großen Ideen sind, die sich schließlich durchsetzen.

Die alten Griechen sagten, daß die Götter vor den Ersola den Schwelch geleht hätten. Das gilt auch für die Politik, die wir in den letzten Jahren getrieben haben. Das wird auch für die Zukunft gelten. Lassen Sie mich deshalb hoffen, daß der Weg, den wir gehen, ein Weg des Fortschrittes und des allgemeinen Friedens sein mag.

Schließlich habe ich noch den Wunsch, unserem verehrten Präsidenten zu sagen, daß in all den Entwicklungen der letzten Jahre wir stets glücklich gewesen sind, ihn als hochherzigen und verständnisvollen Vermittler an unserer Seite zu sehen.

Ich hoffe, daß eine spätere Zeit auch ihre Zustimmung geben wird an der Entscheidung, die ich in Lausanne getroffen wurde und die mehr den Ideen als ihren Trägern gilt.

Französische Blätter über das Genier Abkommen.

Paris. (Funkpruch.) Zu dem in Genf abgeschlossenen Abkommen äußert sich die Morgenpresse zustimmend. Journal schreibt: Die Methode der Unterhandlung Deutschlands hat die Lösung gefunden, die vorauszuheben war. Locarno trägt den Sieg davon. Ein Kompromiß, daß auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse abgeschlossen wird, mildert, was es noch an Schwärze in dem verbliebenen Meinungs von Versailles gab. — L'Asienn führt aus: Deutschland will wieder groß werden. Frankreich will Sicherheit haben, diese Bestrebungen sind nicht immer leicht miteinander in Einklang zu bringen, aber das wesentliche ist, daß ein gemeinsamer guter Wille sich bemächtigt, die Streitigkeiten zu beilegen. Von nun an ist die Politik von Locarno die Politik Frankreichs.

Die größte Aufgabe liegt auf uns und wir müssen sie mit aller Kraft lösen. Wir müssen die Einheit der Nation wiederherstellen und die Freiheit der Presse sichern. Wir müssen die Gerechtigkeit wiederherstellen und die Wahrheit zum Sieg bringen. Wir müssen die Zukunft der Nation in unsere Hände nehmen und sie in die Hände der Götter legen. Wir müssen die Ehre der Nation wiederherstellen und die Würde der Menschheit sichern. Wir müssen die Freiheit der Presse wiederherstellen und die Gerechtigkeit zum Sieg bringen. Wir müssen die Wahrheit zum Sieg bringen und die Zukunft der Nation in unsere Hände nehmen. Wir müssen die Einheit der Nation wiederherstellen und die Freiheit der Presse sichern. Wir müssen die Gerechtigkeit wiederherstellen und die Wahrheit zum Sieg bringen. Wir müssen die Ehre der Nation wiederherstellen und die Würde der Menschheit sichern. Wir müssen die Freiheit der Presse wiederherstellen und die Gerechtigkeit zum Sieg bringen. Wir müssen die Wahrheit zum Sieg bringen und die Zukunft der Nation in unsere Hände nehmen.